

# Europa

Jürgen Gerhards / Holger Lengfeld, Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer VS 2013, 241 S., gb., 29,99 €

Katharina Richter

---

Schlüsselwörter: *Quantitative Sozialforschung – Werteforschung – Europäische Union – Sozialintegration – Europasozioologie*

---

Die soziologische Europaforschung hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, auch wenn die Lücke zur etablierteren politischen Europaforschung noch nicht vollständig geschlossen ist. Gerhards und Lengfeld nehmen die Krisen der europäischen Union, insbesondere die Finanz- und Legitimationskrisen des jungen 21. Jahrhunderts, zum Anlass, die Sozialintegration Europas näher zu betrachten. Zu diesem Zweck nehmen die Autoren quantitative Bevölkerungsumfragen zur Sozialintegration in vier europäischen Ländern (Deutschland, Polen, Spanien und der Türkei) vor, deren Erkenntnisse im klassischen Ländervergleich sowohl deskriptiv als auch inferentiell ausgewertet werden.

Grundlegende Hauptthese des Buches ist, dass eine erfolgreiche Gesamtintegration der Europäischen Union von einer grenzübergreifenden Sozialintegration der europäischen Bürger abhängt, welche mit der systemischen Integration einhergeht und diese legitimiert (15). Mit anderen Worten: die Bürger sollten die voranschreitende institutionelle und rechtliche Integration Europas akzeptieren und die Idee der europäisierten Gleichheit aller Bürger unterstützen (16). Da eine Sozialintegration auf kultureller Ebene durch die außerordentliche Heterogenität der europäischen Gesellschaften utopisch ist, konzipieren Gerhards und Lengfeld Sozialintegration über die Idee der Gleichheit aller Bürger: Gestehen sich Europäer die gleichen zivilen, politischen, und sozialen Rechte zu, wird dies aufbauend auf Thomas H. Marshall (1949) als Indiz für die soziale Integration Europas gewertet (35ff.). Europa ist für die Autoren dann sozial integriert, wenn sich die EU-Bürger in den drei Rechtsbereichen als Gleiche anerkennen, Minderheiten nicht eindeutig bestimmbar sind (keine ausgeprägten sozioökonomischen oder kulturellen Spaltungslinien vorliegen), und die Bürger ihren Einstellungen auch in der Praxis folgen (43ff.). Inwieweit die Zubilligung der Gleichheitsrechte als der „zentrale Mechanismus der sozialen Integration Europas“ (37) gesehen werden kann, bleibt jedoch etwas unklar, zumal augenscheinlich keine möglichen Alternativen zur Konzipierung von Sozialintegration abgewägt wurden.

Empirisch analysieren die Autoren die Haltung der Deutschen, Polen, Türken und Spanier zur Gleichheit aller Bürger unter Verwendung von standardisierten Bevölkerungsumfragen. Jeder Rechtsbereich erhält ein eigenes Kapitel (die zivilen/ökonomischen Rechte werden im „Europa der Marktbürger“, die politischen Rechte im „Europa der Staatsbürger“ und die sozialen Rechte im „Europa der Solidarbürger“ behandelt), welche nach demselben Schema die Ergebnisse der Umfrage durchdeklinieren: Zunächst wird der

historische Hintergrund sowie die Entwicklung des jeweiligen Rechtsbereichs sowohl länderspezifisch als auch europäisch-institutionell zusammengefasst; als zweites folgt eine illustrative Beschreibung der generalisierten sowie herkunftsspezifischen Gleichheitsvorstellungen der befragten Europäer je Rechtsbereich; danach werden eventuell vorhandene Konfliktlinien/Politisierungspotenziale in Bezug auf den jeweiligen Rechtsbereich auf Grundlage von inferentieller Statistik herausgearbeitet; und schließlich konkrete Handlungsfolgen der Gleichheitsvorstellungen anhand von Entscheidungsszenarien untersucht. In jedem Kapitel kommt den Konfliktlinien die meiste Aufmerksamkeit zu, denn systematische Unterschiede in den Gleichheitsvorstellungen der Bürger können polarisieren oder sich zu politischen Kräften entwickeln, welche die weitere europäische Integration gefährden könnten (48). Gerhards und Lengfeld unterscheiden maßgeblich zwei Konfliktlinien: die sozioökonomische Konfliktlinie geht darauf zurück, dass ein Teil der Bevölkerung vom Zusammenwachsen Europas profitiert, während andere Nachteile hinnehmen müssen (50ff.); bei der kulturellen Konfliktlinie handelt es sich um die Idee, dass eigene Werte und politische Orientierung von Individuen Einfluss auf deren Gleichheitsvorstellungen nehmen können (52ff.). Insgesamt erlaubt die klare Struktur des Buches Gerhards und Lengfeld, den Lesern nicht nur den Kontext ihrer empirischen Arbeit und die Sozialstruktur der Gleichheitsvorstellungen der befragten Europäer näher zu bringen, sondern auch die Handlungsrelevanz von Einstellungen zu überprüfen. Allerdings bietet diese Systematik auch wenig Abwechslung.

Grundsätzlich finden die Autoren, dass die Gleichheitsvorstellungen in den drei EU-Ländern Spanien, Polen und Deutschland über alle drei Rechtsbereiche hinweg in relativ hohem Maße sozial integriert sind (sowohl was die generalisierten als auch herkunftsspezifischen Gleichheitsvorstellungen betrifft). Selbst nicht-EU-Bürgern, wie speziell den Türken, aber teilweise auch US-Amerikanern und Kanadiern billigen die EU-Befragten weitgehend ähnliche Rechte zu. Anders ist dies bei den Türken. Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung macht große Unterschiede in der Zubilligung gleicher Rechte zwischen In- und Ausländern, je nach Rechtsbereich stimmt nur bis zu ein Drittel der türkischen Befragten dafür, EU-Ausländern ähnliche Rechte einzuräumen. Hieraus ziehen die Autoren den Schluss, dass die Türkei sich selbst aus dem europäischen Projekt ausschließe. Sie schlussfolgern beispielsweise: „anders als die EU-Bürger bleiben die Türken damit mehrheitlich einem nationalistischen Konzept von Gleichheit verhaftet“ (213). Den Ergebnissen der Regressionsanalysen zufolge können zwar beide untersuchten Konfliktlinientypen empirisch als einflussreich nachgewiesen werden (insbesondere die Wertevorstellungen strukturieren Gleichheitsvorstellungen, weniger stark fallen sozialstrukturelle Merkmale ins Gewicht), jedoch fallen die jeweiligen Effekte nur schwach aus und sind deutlich geringer als die Länderunterschiede (214). In Bezug auf die Handlungsrelevanz der Gleichheitsvorstellungen in den drei untersuchten Rechtsbereichen zeigt sich, dass die EU-Bürger weitaus eher dazu bereit sind als die Türken, ihren Einstellungen auch Taten folgen zu lassen. Dies gilt besonders für die ökonomische Gleichheit, in geringerem Maße auch für die soziale Gleichheit – die politische Gleichheit ist, so die Autoren, weitaus umstrittener (215). Gerhards und Lengfelds Prognose für die Entwicklung der Sozialintegration Europas fällt aufgrund der positiven EU-Ergebnisse bezüglich der zugebilligten grenzübergreifenden Chancengleichheit insgesamt optimistisch aus, insofern ihr Konzept der Sozialintegration belastbar genug ist.

An sich ist „Wir, ein europäisches Volk“ ein gelungenes Buch mit klarer Argumentationskette und durchaus interessanten empirischen Ergebnissen. So konnte beeindruckend gezeigt werden, dass die soziale Integration von Europäern (zumindest aus den drei EU-Ländern) bereits weit fortgeschritten ist. Die Minderheit, welche Ausländern keine gleichen Rechte zubilligt, deckt sich ungefähr mit dem Anteil von Euroskeptikern an der Gesamtbevölkerung. Insbesondere der Test der Handlungsrelevanz der Gleichheitsvorstellungen durch Abfragen von Handlungsszenarien ist sehr innovativ und aufmerksam umgesetzt. Zudem ist das Buch ein Musterbeispiel anwendungsbezogener Grundlagenforschung, welches neben differenzierter Empirie auch unerwartet detaillierte historische Hintergründe zur Entwicklung der drei behandelten Rechtsbereiche für jedes Land sowie auch die EU insgesamt darbietet. Auch theoretisch sind Gerhards und Lengfeld gut aufgestellt: Die Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration nach Lockwood sowie Verknüpfungen zum emergenten Feld der soziologischen Europaforschung als Grundlage der Studie werden überzeugend vermittelt. Zusätzlich wird für jeden Rechtsbereich näher auf den jeweilig relevanten und aktuellen Forschungsstand eingegangen, was für die Interpretation und Kontextualisierung der vorgestellten Ergebnisse durchaus hilfreich ist.

Nichtsdestotrotz verbleiben einige Unklarheiten, beginnend mit der Frage, ob der zentrale Mechanismus der sozialen Integration Europas tatsächlich die Zubilligung von gleichen Rechten an alle europäischen Bürger darstellt (vgl. 210). Die Autoren mögen Recht damit haben, dass kulturelle Integration als Grundlage für Sozialintegration in Europa utopisch ist, jedoch ist dies kein Hinweis darauf, dass harmonisierte Gleichheitsvorstellungen den einzig denkbaren Alternativmechanismus darstellen müssen. Ebenso vorstellbar wäre beispielsweise anwachsendes transnationales Vertrauen als Schlüsselfunktion. Zwar geben die Autoren zu, dass ihr Konzept von Sozialintegration möglicherweise etwas dürr ist, dies erklärt jedoch nicht hinreichend, warum sie dennoch auf ihm bestehen. In diesem Zusammenhang wäre gegebenenfalls ein Abstecher zu bereits vorhandenen *Integration Studies* oder ähnlichen Arbeiten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt/zur gesellschaftlichen Kohäsion nützlich gewesen.

Eine weitere Unklarheit besteht in Bezug zu den geprüften gesellschaftlichen Konfliktlinien. Weber folgend, unterscheiden Gerhards und Lengfeld ja wie bereits beschrieben sozio-strukturelle und kulturelle Konfliktlinien. Bei den Ersteren handelt es sich hierbei um eine Überprüfung möglicher Effekte der Sozialstruktur auf die Gleichheitsvorstellungen der Bürger, während sich die Letzteren auf mögliche Einflüsse von Werten und politischen Wertstrukturen der Bürger beziehen. Als Determinanten sind diese ideellen Indikatoren schon an sich fragwürdig, da die Autoren hier Einstellungen auf andere Einstellungen regressieren. Es mag durchaus sein, dass gesellschaftliche und politische Einstellungen mit den Gleichheitsvorstellungen der Bürger in Zusammenhang stehen (korrelieren), jedoch treffen Gerhards und Lengfeld im Voraus die Annahme, dass diese „kulturellen Konfliktlinien“ als Determinanten in die Analyse eingehen sollen und nehmen so einen Kausalzusammenhang vorweg. Zumindest theoretisch ist es ebenso denkbar, dass bei umgestellter Argumentationskette ausgeprägte Gleichheitsvorstellungen zu einer linken politischen Orientierung oder mehr europäischer Identität führen können.

Wie ein roter Faden zieht sich der Kontrast zwischen den drei EU-Ländern (Deutschland, Polen, Spanien) und dem ewigen Beitrittskandidaten Türkei hinsichtlich der Gleichheitsvorstellungen durch die empirischen Kapitel des Buches. Stets ist es die Bevölkerung

der Türkei, die im Vergleich mit den anderen Ländern in jedem Rechtsbereich auffällig weniger grenzübergreifend sozial integriert ist (zusammenfassend 213). In der Interpretation dieses Befundes hätte man sich neben der von den Autoren stets hervorgehobenen SelbstausschlussThese mehr Rücksicht auf die spezifischen Diskurse und Umstände in der Türkei gewünscht, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu solchen noch mehrheitlich nationalistisch geprägten Gleichheitsvorstellungen beitragen könnten. So wird in der Türkei noch offiziell ein nationalistisches Weltbild verbreitet, gerade auch zur Abgrenzung von der EU – ein starker Gegensatz zu den hauptsächlich universellen Prinzipien, die in den EU-Ländern propagiert werden (vgl. Cayir, 2009). Aber vielleicht wäre ohne die Türkei als Vergleichsfall die optimistische Perspektive auf die EU-Länder auch nicht möglich gewesen, da man sich mehr mit der Frage hätte auseinandersetzen müssen, warum je nach Rechtsbereich ein Viertel bis die Hälfte der Befragten in diesen Ländern der europäischen Gleichheit nicht zustimmen. Aber vielleicht ist dies ein vielversprechender Ansatz für eine weiterführende Studie.

### Literatur

- Cayir, K. Preparing Turkey for the European Union: Nationalism, National Identity and ‚Otherness‘ in Turkey’s New Textbooks. *Journal of Intercultural Studies* **2009**, 30, 39–55.
- Marshall, T. H. *Class, Citizenship, and Social Development. Essays*; Greenwood Press: Westport, 1949/1983.